

München, 16.03.2022

SPD-Landtagsfraktion kämpft gegen Lebensmittelverschwendung

Agrarpolitische Sprecherin Ruth Müller: Staatsregierung muss Auskunft über Produktion, Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel geben

20 Prozent der in der EU erzeugten Lebensmittel gehen verloren oder werden verschwendet. Gleichzeitig können sich rund 36 Millionen Menschen nicht einmal eine nahrhafte Mahlzeit am Tag leisten. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb in der heutigen (26.3.) Sitzung des Ernährungsausschusses im Bayerischen Landtag mehr Einsatz im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung gefordert.

In einem [Antrag](#) verlangt sie von der Staatsregierung Auskunft über Produktion, Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel in Bayern. Dazu die agrarpolitische Sprecherin **Ruth Müller**: "Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger und Unterernährung. Immer noch werden viel zu viele Lebensmittel verschwendet oder weggeworfen. Das können wir uns nicht länger leisten. Bereits 2015 haben wir die Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung, die auf die Generalversammlung der Vereinten Nationen zurückgeht, unterzeichnet. Das, was im Freistaat mit Lebensmitteln passiert, erfüllt diesen Anspruch eindeutig nicht." Freie Wähler und CSU haben im Ausschuss gegen den Antrag gestimmt.

Die Agenda 2030 hat das Ziel, bis zum Jahr 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene um 50 Prozent zu senken. Hierzu müsse bei Produktion, Transport und Verteilung der Nahrungsmittel erheblich nachgebessert werden. Gleichzeitig sei es wichtig, die Verbraucherbildung zu verbessern, das heißt, Verbrauchern noch mehr zu vermitteln, wie sie Lebensmittel sinnvoll verwenden, anstatt sie zu verschwenden. Lebensmittelabfälle haben auch enorme Auswirkungen auf die Umwelt. Sie seien für sechs Prozent der Treibhausgase verantwortlich, belasten den Boden und das Grundwasser.

"Wir müssen das Thema Umweltschutz endlich zu unserer Kernaufgabe machen und gleichzeitig die folgenschwere Verschwendung von Nahrung stoppen. Die Staatsregierung ist jetzt in der Verantwortung, endlich aktuelle Zahlen darüber vorzulegen, wo unsere Lebensmittel landen", mahnt Müller.